



Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 20. November 2015

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 10 / 2015

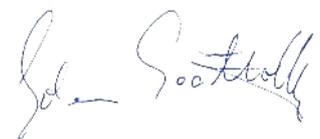
Mein mitbrainer!

Derzeit erreichen uns viele traurige Nachrichten. Die schrecklichen Anschläge von Paris führen uns vor Augen, wovor viele Menschen aus Syrien fliehen. Die Angst, die wir jetzt haben, ist dort Dauerzustand. Wir sollten uns davon aber nicht einschüchtern lassen. Wir haben in Deutschland noch keinen Anschlag erleben müssen und natürlich hoffe ich, dass das auch so bleibt. Syrien scheint dafür entscheidend zu sein. Frankreich hat den NATO-Bündnisfall erklärt und es läuft gerade eine Diskussion darüber, wie wir Frankreich unterstützen.

Für mich steht fest, dass wir keine Soldaten nach Syrien schicken sollten. Ohne eine Strategie des Westens kann es in Syrien keinen Frieden geben.

Mit Helmut Schmidt ist ein großer Sozialdemokrat von uns gegangen. Sein Altkanzlerbüro lag nur wenige Meter von meinem Bundestagsbüro entfernt. Er wird uns sicher fehlen.

Euer



Helmut Schmidt 1918- 2015



Helmut Schmidt und seine Politik haben mich geprägt in meiner Kindheit und Jugend. Er war einer der führenden Sozialdemokraten, ich zu seiner Zeit Falke, später Juso. Das war von den Ansichten her nicht immer nur Harmonie (z.B. NATO-Doppelbeschluss).

Trotzdem hatte er immer meinen Respekt! Mir werden seine Publikationen sehr fehlen. Sie waren für mich oft hilfreich, sowohl als Genosse, als auch als Bürgermeister und natürlich erst recht als Bundestagsabgeordneter. Er hat sich sehr deutlich zu Pflicht und Verantwortung geäußert. Diese Ansichten teile ich uneingeschränkt.

Die für Ostfriesland und der gesamten Nordseeküste wohl wichtigste Entscheidung Schmidts war zugleich ein Verfassungsbruch. Das war die Entscheidung, bei der Sturmflut 1962 die Bundeswehr zu Hilfe zu rufen.

Fortsetzung auf Seite 2

9. Nationale Maritime Konferenz in Bremerhaven

Am 19. und 20. Oktober 2015 fand in Bremerhaven die 9. Nationale Maritime Konferenz statt.

Die Konferenz ist die große Dialogplattform der maritimen Branche in Deutschland. Zwei Tage lang hatte ich die Möglichkeit, mit maritimen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Verbänden und Politik über die zentralen Herausforderungen der maritimen Wirtschaft zu diskutieren.



Senator Frank Horch (Hamburg), Johann Saathoff, MdB, Dr. Birgit Malecha-Nissen, MdB und der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (v.l.)

Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion habe ich an einer der Podiumsdiskussionen teilgenommen, bei der Zukunftsstrategien der Branche erörtert wurden.

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Vorstellung der Eckpunkte einer maritimen Strategie der Bundesregierung durch den Maritimen Koordinator, den Parlamentarischen Staatssekretär Uwe Beckmeyer (SPD). Besonders gefreut habe ich mich auch über die große Aufmerksamkeit, die der maritimen Branche berechtigterweise mal wieder zu Teil wurde, insbesondere durch die Beiträge von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie durch die Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU).

Insgesamt werte ich die 9. Maritime Konferenz als großen Erfolg. Zusammen mit dem Koalitionsantrag, der kurz vor der Konferenz im Deutschen Bundestag beraten wurde, haben wir wichtige Signale gesetzt und die richtigen Grundlagen geschaffen, damit die maritime Branche in Deutschland wieder an Fahrt aufnimmt.

Wir arbeiten daran, die 10. Nationale Maritime Konferenz im Frühjahr 2017 in Emden stattfinden zu lassen.

Mehr Personal für Wasser-Schifffahrtsverwaltung vor Ort

10 weitere Ingenieure und 24 Stellen für Investitionsteams für die WSV bundesweit, darauf haben sich die Haushälter im Deutschen Bundestag verständigt.

Im Gegenzug werden 19 Stellen, die das Verkehrsministerium für die Generaldirektion der WSV in Bonn beantragt hatte, gestrichen. Begründung: Das BMVI soll die Arbeitsfähigkeit der Bonner Zentrale mit eigenem Personal realisieren.

Ich bin der Ansicht, dass neue Stellen dort besetzt werden sollen, wo sie gebraucht werden – in der Fläche. Seit Jahren treten wir dafür ein, dass das Know-how beim WSA Emden und den anderen Ämtern verbleibt und nicht in Bonn angesiedelt wird. Die Stellenstreichung in Bonn ist die Reflektion des Bundestages an das Bundesverkehrsministerium im Hinblick auf die Umsetzung der Reform der Wasserschifffahrtsverwaltung des Bundes.

Helmut Schmidt 1918 - 2015

Fortsetzung von Seite 1

Damit hat er viele Leben gerettet und Hab und Gut gesichert. Auch nach der Sturmflut hat er dafür gesorgt, dass wir bis heute aus den Erfahrungen gelernt haben und die Deichsicherheit mit großen Investitionen in und an den Deichen nachhaltig sicherstellen konnten.

Das ist für mich als Deichrichter und Ostfriesen neben den vielen anderen Leistungen Schmidts die herausragende Leistung - die unmittelbar mit seiner Person verbunden war.

Bürgerbeteiligung zum Bahnlärm geht in die 2. Runde

Lärmschutzmittel auf 150 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt

In seiner Bereinigungssitzung am Donnerstag den 12. November, die traditionell wieder bis tief in die Nacht dauerte, hat der Haushaltsausschuss des Bundestages u.a. die Mittel für die freiwilligen Lärmsanierungsmaßnahmen des Bundes an Schienenwegen auf 150 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt. Damit können mehr Lärmschutzwände gebaut werden.

Gleichzeitig führt das Eisenbahn-Bundesamt vom 15. November bis 15. Dezember 2015 die 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Schienenlärm durch. Bürgerinnen und Bürger, Lärmschutzvereinigungen und Kommunen, die von Schienenlärm betroffen sind, haben nun die Möglichkeit, eine Rückmeldung zur 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung, zum bereits veröffentlichten Pilot-Lärmaktionsplan Teil A und zu vorhandenen Lärminderungsmaßnahmen zu geben.

Nach einer 2002 von der Europäischen Union beschlossenen Richtlinie zur Bekämpfung von Umgebungslärm an Bahnstrecken ermitteln derzeit alle EU-Staaten Lärmkarten für eine effektive Lärmaktionsplanung.

Mit einer großen Online-Umfrage hat das in Deutschland zuständige Eisenbahn-Bundesamt (EBA) in einer 1. Phase Daten über die Lärmbelastungen an Schienenwegen außerhalb von Ballungsräumen ermittelt.

Auf der Beteiligungsplattform des EBA (www.laermaktionsplanung-schiene.de) steht zu diesem Zweck ein Fragebogen zur Verfügung, der online ausgefüllt oder auch ausgedruckt und auf dem Postweg eingeschickt werden kann. Die Ergebnisse der 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung werden als Auswertungen in den Pilot-Lärmaktionsplan Teil B einfließen. Auch dieser Plan enthält noch keine konkreten Maßnahmen, sondern stellt die politischen Aktivitäten den konkreten Bedürfnissen gegenüber.

Ich rufe aus diesem Grund alle von Schienenlärm Betroffenen auf, sich hier zu beteiligen. Nur wenn wir die einzelnen Bedürfnisse erfassen, kann in der Folge der eigentliche Aktionsplan mit konkreten, bedarfsgerechten Maßnahmen erstellt werden. Vor allem in Emden und den Gemeinden Hinte und Südbrookmerland sollten die Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Dadurch und durch die Mittelaufstockung kommen wir dem dringend notwendigen Lärmschutz einen Schritt näher.

30 Millionen Euro mehr für ländliche Regionen

In der abschließenden Sitzung des Deutschen Bundestages zum Haushalt 2016 (Bereinigungssitzung) wurde ebenfalls entschieden, dass die Bundesregierung weitere 30 Millionen Euro zusätzlich für die Entwicklung der ländlichen Räume zur Verfügung stellen wird.

Die SPD will die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der ländlichen Räume stärker fördern. Deshalb habe ich mich - zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion - erfolgreich dafür eingesetzt, die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) finanziell zu stärken. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir durchsetzen, dass die Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume weitere 30 Millionen Euro erhält.

Mit diesem Geld soll eine Neuausrichtung der Förderstruktur für die ländlichen Räume unterstützt werden. Wir wollen die Gemeinschaftsaufgabe weiterentwickeln und über die reine Ausrichtung auf die Landwirtschaft hinausgehen. Denn ländliche Räume ist mehr als reine Landwirtschaft:

Wir wollen mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum und eine Politik für alle Menschen im ländlichen Raum machen. Sozialdemokratische Politik für die ländlichen Räume heißt, ein gutes Leben auf dem Land mit guter Arbeit und Infrastruktur zu ermöglichen.



Blick in den Sitzungssaal des Haushaltsausschusses

Delegationsreise nach Israel

Vom 25. bis zum 29. Oktober habe ich zusammen mit einigen Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses an einer Delegationsreise nach Israel teilgenommen.

Themenschwerpunkte dieser Reise waren neben politischen Gesprächen im israelischen Parlament, der Knesset, und im Wirtschaftsministerium die israelische Politik für Förderung von Startup-Unternehmen sowie die Wirtschafts-, Infrastruktur- und Energiepolitik Israels. Die Delegation führte hierzu Gespräche in Jerusalem, Tel Aviv, Ashdod und Beer Sheva.

Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen nahm ich an der Eröffnung der 14. Konferenz der World Wind Energy Association (WWEA) teil, die vom 26. bis 28. Oktober 2015 in Jerusalem stattfand. Die WWEA ist ein internationaler Dachverband zur Förderung der Windenergie. Sie wurde 2001 gegründet und hat 600 direkte Mitgliedsorganisationen aus insgesamt 104 Staaten.

Zum Gedenken an die 6 Millionen ermordeten Juden während des Holocaust besuchte unsere Delegation die Gedenkstätte Yad Vashem und legte dort einen Kranz nieder. Dieser Besuch hat mich persönlich sehr bewegt.



In der Gedenkstätte Yad Vashem



Die Delegation des Wirtschaftsausschusses:
Katalin Zádor (Begleitung Ausschuss), Dr. Joachim Pfeiffer, MdB (CDU), Kerstin Andreae, MdB (Bü90/Grüne), Johann Saathoff, MdB (SPD), Dr. Peter Ramsauer, MdB (CSU), Bernd Westphal, MdB (SPD), Klaus Ernst, MdB (Die Linke) und Andreas G. Lämmel, MdB (CDU) (v.l.)



Besuch der Knesset: Tableau mit Fotos aller Abgeordneten. Sobald eine der dort aufgeführten Personen im Gebäude anwesend ist, wird das Bild beleuchtet.



Johann Saathoff mit Franz Alt auf der World Wind Energy Konferenz in Jerusalem

Bund fördert Seemannsmissionen

Der Deutsche Bundestag hat die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten beschlossen. Darin enthalten ist unter anderem auch die institutionelle Förderung von Seemannsmissionen.

In meiner Funktion als Vorstandsmitglied des Emders Seemannsheims freue ich mich besonders über diese guten Nachrichten für die Seemannsmissionen.

Durch die dauerhafte institutionelle Förderung des Bundes soll die Leistung der traditionell in kirchlicher Trägerschaft geführten Einrichtungen dauerhaft gesichert werden, zumal diese den Bund bei der sozialen Betreuung der Seeleute an Land entlasten. Ich hatte mich bereits im Vorfeld gezielt dafür eingesetzt, dass die Förderung der Seemannsmissionen in den Koalitionsantrag zur Stärkung der maritimen Wirtschaft aufgenommen wurde.

Die Regelung wurde zwar jetzt beschlossen, tritt aber erst zum 1. Januar 2017 in Kraft. Bis dahin erhalten die Seemannsmissionen wie bisher Geld in Form von Projektförderungen. Als Berichterstatter für die maritime Wirtschaft in der SPD-Bundestagsfraktion war ich federführend für die Ausarbeitung des Antrages zuständig. Ich habe mich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion dafür eingesetzt, dass die Förderung der Sozialeinrichtungen verstetigt wird. So steht den Missionen mehr Geld für ihre sinnvolle Arbeit zur Verfügung. Die dauerhafte Finanzierung verschafft ihnen Planungssicherheit.

Darüber hinaus hat der Bundestag Verbesserungen im Seearbeitsgesetz beschlossen. Ausgangspunkt ist das Seearbeitsübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation. Seeleute sollen besser vor finanziellen Risiken in möglichen Gefahrensituationen geschützt werden. Ich bin der Ansicht: Wer anspruchsvolle Arbeit unter extremen Bedingungen verrichtet, hat soziale Sicherheit und vernünftigen Arbeitsschutz verdient. Für die SPD gilt GUTE ARBEIT auch auf hoher See. Die Änderungen im Seearbeitsgesetz sind absolut richtig.



Foto: Seemannsmission Emden

Neue Aufgaben für BAV in Aurich

Ab dem 1. Dezember 2015 übernimmt die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) die Aufgabe der Ausgleichszahlungen im Zuge der Digitalen Dividende II.

Durch die vorzeitige Umwidmung des 700-Megahertz-Bandes für das kabellose Internet können terrestrisches Fernsehen (DVB-T) und zum Beispiel auch drahtlose Mikrofone nicht länger auf dieser Frequenz betrieben werden und müssen zur Benutzung anderer Frequenzen umgerüstet werden. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten trägt der Bund.

Die Abwicklung läuft über die BAV in Aurich. Damit leistet die BAV einen Beitrag zur Breitbandstrategie der Bundesregierung.

Ich freue mich sehr, dass die Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen für den gesamten Prozess der Ausgleichszahlungen zuständig ist. Damit geht direkt von Ostfriesland ein wichtiger Impuls aus für die Erreichung aller Haushalte in Deutschland mit mindestens 50 MBit, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Das ist insbesondere für die ländlichen Räume und natürlich insbesondere für Ostfriesland enorm wichtig. Jede neue Aufgabe sichert den Standort in Aurich, und ich bin fest davon überzeugt, dass die BAV diese wichtige Aufgabe mit Bravour meistern wird.

Mehr Informationen und Anträge dazu gibt es hier:

www.bav.bund.de

Baubeginn der Friesland-Umfahrung

Am 10. Dezember 2015 beginnt mit einem Spatenstich der Bau der Umgehungsstraße des Emders Stadtteils Friesland. Ich begrüße die zügigen Planungen der Landesstraßenbaubehörde, damit die Bagger dann im kommenden Jahr schnell rollen können.

Mit der Umgehung werden die Menschen in Friesland von Lärm und Abgasen entlastet, der Emders Hafen gleichzeitig besser angebunden. Ich bin froh darüber, dass es mit vereinten Kräften gelungen ist, den Baubeginn so schnell zu realisieren.

Die Bürgerinnen und Bürger haben jahrelang auf eine Entlastung warten müssen, nun werden wir als regionale SPD-Abgeordnete darauf drängen, dass die Straße auch möglichst schnell gebaut wird. Der erste Spatenstich in diesem Jahr ist ein guter erster Schritt, aber wir bleiben am Ball!

Schülerinnen und Schüler des JAG Emden zu Besuch in Berlin

Gleich zwei Gruppen des JAG in Emden konnte ich in der 45. Kalenderwoche in Berlin begrüßen.

Beide Gruppen hatten vor dem Gespräch mit mir jeweils die Chance genutzt, sich einen Vortrag des Besucherdienstes im Plenarsaal des Reichstages anzuhören. Im Anschluss fand das Gespräch mit „ihrem“ Bundestagsabgeordneten statt.

Bei dem Gespräch mit der ersten Gruppe unter der Obhut von Frau Klebe ging es vorrangig um die aktuelle Flüchtlingssituation. Die Schülerinnen und Schüler zeigten sich sehr interessiert an den aktuellen Entwicklungen der Bundespolitik und meiner Einschätzung dazu.

Ich machte dabei deutlich, dass es aktuell nicht darum gehen könne, eine „Politik der Politik“ zu betreiben und sich mit der Definierung von Begrifflichkeiten aufzuhalten. Vielmehr müssten die Verfahren beschleunigt und die Kommunen schneller und effizienter unterstützt

werden.

Am Tag darauf konnte ich, selbst ehemaliger Schüler des JAG Emden, meinen „alten“ Lehrer Enno Andreessen und dessen gut 50-köpfige Schülergruppe begrüßen. Neben allgemeinen Themen wie den Alltag eines Abgeordneten, politische Vorbilder und Ziele etc. wurde natürlich auch hierbei über die aktuelle Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, und über „Eingemachtes“ – wie zum Beispiel meine größten politischen Herausforderungen als MdB – gesprochen. Einen besonderen Stellenwert in dem Gespräch nahm jedoch das Thema „VW und der Abgasskandal“ ein. Ich habe am Nachmittag des selben Tages dazu in der aktuellen Stunde des Bundestages gesprochen.

Den Abschluss des Besuches im Reichstag bildete für beide Gruppen natürlich noch der Besuch der Reichstagskuppel.



Die Schülerinnen und Schüler des JAG Emden (Teil 1).



Die Schülerinnen und Schüler des JAG Emden (Teil 2).

Schülergruppen der Oberschule Herrentor besuchen Bundestag

Auf meine Einladung hin waren in der 45. Kalenderwoche auch 48 Schülerinnen und Schüler der Oberschule Herrendorf zu Gast im Bundestag.

Vor unserem Gespräch besuchten beide Gruppen das Plenum. Die erste Gruppe hat am Dienstag hierbei einen Vortrag des Besucherdienstes erhalten und sich so einen Eindruck von den Abläufen des Plenums verschafft. Danach gab es das Gespräch mit mir.

Der zweite Teil der Schülergruppe konnte am Donnerstag sogar live an einer Plenardebatte teilnehmen und

deren Ablauf hautnah miterleben. Anschließend führten auch sie dann ein Gespräch mit „ihrem“ Bundestagsabgeordneten. Dabei konnten mich diese Schülerinnen und Schüler durch ihr breit gefächertes politisches Interesse und eine lebhaft Diskussionsbegeisterung begeistern. Ihre Fragen reichten von der Pkw-Maut über das Freihandelsabkommen TTIP bis zum Alltag eines Abgeordneten in Berlin und im Wahlkreis.

Zum Abschluss haben beide Gruppen noch die Reichstagskuppel besucht und genossen den Blick über Berlin.



Oberschule Herrentor (Teil1)



Oberschule Herrentor (Teil2)

Praktikumsbericht von Konstantin Musolf aus Aurich

Zwei von Informationen überladene Wochen

Fast 2 Wochen ist es nun her, dass ich mit großen Erwartungen von Aurich nach Berlin gereist bin, um mein 2-wöchiges Praktikum im Abgeordnetenbüro von Johann Saathoff in Berlin anzutreten. Ich wurde nicht enttäuscht.

Im Gegenteil, ich wurde in dieser Zeit fast schon überladen mit Eindrücken und Erfahrungen, die man so im Schulunterricht nicht bekommen kann.

Neben der Teilnahme als Gast an den vielen Sitzungen der SPD-Arbeitsgruppen (Wirtschaft und Energie sowie Ernährung und Landwirtschaft) und an den Gesprächen, die Johann Saathoff jeden Tag mit verschiedenen Personen geführt hat, war es mir auch möglich, Plenarsitzungen zu besuchen.

Ferner hatte ich die Gelegenheit an Führungen durch die verschiedenen Regierungsgebäude, wie den Bundesrat und das Bundeskanzleramt, teilzunehmen. Nach diesen zwei überaus informativen und interessanten Wochen kann ich ein Praktikum im Berliner Büro von Johann Saathoff allen politisch Interessierten nur weiter empfehlen.

Ich bedanke mich beim ganzen Team für diese Erfahrungen, von denen ich noch lange zehren und an die ich mich immer gerne erinnern werde.

Niklas Bohlen aus Großefehn bei den Jugendpresstagen in Berlin

Die SPD-Bundestagsfraktion hat vom 11. bis 13. November rund 100 Jugendliche aus ganz Deutschland zu den 10. Jugendpresstagen nach Berlin eingeladen. Sie erwartete ein interessantes und abwechslungsreiches Programm, das einen Einblick in das Zusammenspiel von Medien und Politik in der Hauptstadt bot.

Auch Niklas Bohlen aus Großefehn hatte sich bei mir dafür beworben und unter vielen Bewerberinnen und Bewerber aus meinem Wahlkreis das Rennen gemacht. Die Jugendpresstage der SPD-Bundestagsfraktion sind eine tolle Gelegenheit für junge Menschen mitzuerleben, wie Nachrichten entstehen und wie Medien über Politik berichten. Sie bekommen dabei sowohl einen Einblick in die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten als auch in den Arbeitsalltag der Bundestagsabgeordneten.

Die Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten haben bei ihrem Besuch in Berlin unter anderem an einer Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, teilgenommen und konnten selbst Fragen stellen. Darüber hinaus gehörten ein Besuch der Studios des Rundfunk- und Fernsehsenders Berlin-Brandenburg und einer Plenarsitzung zum Programm. Der Journalismus von morgen ist auf junge Menschen angewiesen, die politisches Handeln kritisch begleiten und hinterfragen. Ohne sie wird es unsere Demokratie in Zukunft schwer haben.



Konstantin Musolf (16 Jahre, l.) und Niklas Bohlen (14 Jahre, r.) zusammen mit Johann Saathoff in der Halle des Paul-Löbe-Hauses. Beide Schüler besuchen das Gymnasium Ulricianum Aurich.

Besuch von 50 Ostfriesen in Berlin

Viertägige politische Informationsreise in die Bundeshauptstadt

Auf meine Einladung hin waren rund 50 Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises auf einer politischen Bildungsreise in der Bundeshauptstadt gekommen.

Das vom Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung organisierte Programm führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem in das Bundesinnenministerium, in das Deutsche Historische Museum sowie in das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ in Berlin-Kreuzberg.

Ferner nahm die Gruppe an einer Führung durch das Bundeskanzleramt teil.

Natürlich stand auch eine Stadtrundfahrt auf dem umfangreichen Programm, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu vielen der politisch und geschichtlich relevanten Sehenswürdigkeiten in Berlin führte.

Zum Abschluss der politischen Bildungsreise besuchten die Ostfriesen das Reichstagsgebäude mit Besichtigung des Plenarsaals und mit anschließendem Besuch der Kuppel.



Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Torsten Stein, Kornelia Urban, und Sabine Zimmermann